



Anerkennung für neue Jobs durch Migranten – Nein zur Absenkung von Löhnen und Sozialstandards

Pressemitteilung von Sevim Dagdelen, 11. August 2016

"Dass Zuwanderung sich durch die Schaffung neuer Stellen in manchen Wirtschaftsbereichen positiv auf den Arbeitsmarkt auswirken kann, ist keine Neuigkeit, sondern bereits seit den fünfziger Jahren bekannt", erklärt Sevim Dagdelen, Beauftragte der Fraktion DIE LINKE für Migration und Integration, anlässlich einer neuen Bertelsmann-Studie über "Migrantenunternehmen in Deutschland zwischen 2005 und 2014". Dagdelen weiter:

"Die Leistung von Immigranten, beruflich in einer neuen gesellschaftlichen und kulturellen Umgebung Fuß zu fassen, ist unbedingt anzuerkennen. Die Zahl von 1,3 Millionen Beschäftigten bei Unternehmern mit Migrationshintergrund darf indes nicht darüber hinwegtäuschen, dass viele von ihnen unter prekären Bedingungen arbeiten. Wie die Studie zeigt, müssen nicht nur zugewanderte abhängig Beschäftigte kräftige Einbußen beim Einkommen hinnehmen, sondern auch Unternehmer mit Migrationsgeschichte.

So sinnvoll spezielle Programme zur Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen von Immigranten sein können, dürfen Migranten jedoch nicht als Lohndrücker eingesetzt werden. Zu einer Absenkung sozialer Standards darf es nicht kommen. Das ist jedoch die Absicht von Neoliberalen, deren Sprachrohr die Bertelsmann-Stiftung häufig ist. Zuwanderung soll zur weiteren Verschärfung des Hartz IV-Systems genutzt werden. Die Bundesregierung hat jedoch zu wenig dafür getan, dass Immigranten und in prekären Verhältnissen Lebende nicht in Konkurrenz zueinander geraten. Der Staat muss zusammen mit den Gewerkschaften Schutzmechanismen entwickeln, damit die Integration in den Arbeitsmarkt nicht zu einem Dumping-Wettlauf zwischen Neuangekommenen und schon länger hier Lebenden führt."